

Aachener Zeitung -Titelseite-

CDU: 60 Millionen für Flüchtlinge

Die Opposition fordert Geld für NRW-Kommunen. Staatsanwaltschaft durchsucht Betreiber von Flüchtlingsheimen European Homecare wegen mutmaßlicher Übergriffe auf Asylbewerber.

Düsseldorf/Essen. Ermittler haben nach den mutmaßlichen Übergriffen auf Asylbewerber die Firmenzentrale des Flüchtlingsheim-Betreibers European Homecare in Essen durchsucht. Es sei nach Beweisen im Zusammenhang mit mutmaßlichen Misshandlungen in Burbach gesucht worden, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Siegen. Einzelne Sicherheitskräfte hatten zuvor Vorwürfe gegen European Homecare erhoben und behauptet, das Unternehmen sei über Strafmaßnahmen informiert gewesen und habe sie sogar teilweise selbst angeordnet.

Der Geschäftsführer des in die Kritik geratenen Sicherheitsunternehmens SKI, Walter Stilper, äußerte sich ähnlich, ohne dabei das Unternehmen European Home-

care zu nennen. Anweisungen von Betreuern hätten in mehreren Situationen Ausschreitungen ausgelöst. So sei Muslimen im Ramadan verboten worden, nach 22 Uhr zu kochen. In einem Fall sei wegen eines einzigen Störenfrieds angeordnet worden, die Übertragung des Fußball-Länderspiels Deutschland-Algerien in der Unterkunft zu unterbrechen.

Die CDU-Opposition wirft NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) inzwischen „schweres Organisationsversagen“ vor. Jäger sei mit den zunehmenden Asylbewerberzahlen „ganz klar überfordert“, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende André Kuper gestern in Düsseldorf. Der massive

Anstieg werde nur NRW-Kommunen zur erheblichen finanziellen Belastung. Der Innenexperte forderte deshalb eine stärkere Kostenbeteiligung des Landes sowie einen

„Kommunen werden mit der Finanzierung allein gelassen.“

CDU-INNENEXPERTE ANDRÉ KUPER

„Härtefallfonds“ zur Finanzierung hoher Krankheitskosten, die 10 000 Euro pro Jahr und Person übersteigen. Konkret will die CDU für 2014 eine Erhöhung der Landespauschale um gut 60 Millionen Euro auf rund 175 Millionen Euro. Für das kommende Jahr seien 228 Millionen Euro – rund 53 Millionen mehr als kalkuliert – anzusetzen. Nach CDU-Angaben kostet die Trauma-Behandlung eines Flüchtlings bis zu 100 000 Euro im Jahr. Diese Kosten müssten Kommunen bisher allein übernehmen.

Kuper kritisierte, dass von den 375 Millionen Euro Kosten für Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber 2013 in NRW fast 300 Millionen Euro von den Kommunen getragen werden mussten.

Städte und Gemeinden seien so deutlich schlechter gestellt als in Bundesländern wie Bayern oder dem Saarland. Diese Länder übernehmen die gesamten Kosten – dagegen überweist NRW im Schnitt nur 514 Euro im Monat pro Flüchtling. Dies entspreche 20 Prozent der anfallenden Kosten. (goe/dpa)

Westfalenpost

Teures Trauma: Kosten bis zu 100 000 Euro

CDU: Härtefallfonds für NRW-Kommunen

Von Wilfried Goebels

Düsseldorf. Der massive Anstieg der Flüchtlingszahlen wird für NRW-Kommunen zur erheblichen finanziellen Belastung. CDU-Innenexperte André Kuper forderte eine stärkere Kostenbeteiligung des Landes sowie einen Härtefallfonds zur Finanzierung hoher Krankheitskosten, die 10 000 Euro pro Jahr und Person übersteigen.



André Kuper

FOTO: DPA

Nach Kupers Angaben kostet die Trauma-Behandlung eines Flüchtlings bis zu 100 000 im Jahr. Diese Kosten müssten Kommunen bisher allein übernehmen, weil Flüchtlinge nicht krankenversichert sind.

Kuper kritisierte, dass von den 375 Millionen Kosten für Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber 2013 in NRW fast 300 Millionen

Euro von den Kommunen getragen werden mussten. Die CDU-Opposition warf der Landesregierung vor, die Kommunen schlechter zu behandeln, als dies in Ländern wie Bayern, Saarland und Mecklenburg-Vorpommern der Fall sei. Diese Länder übernehmen die gesamten Kosten für Flüchtlinge – dagegen überweist NRW durchschnittlich nur 514 Euro im Monat pro Flüchtling. Während die CDU beklagt, dass Kommunen in NRW lediglich 20 Prozent der Kosten für Unterbringung und Versorgung erstattet würden, rechnet Innenminister Ralf Jäger (SPD) mit einer Quote von rund 50 Prozent.

Erstattung erfolgt auf einer veralteten Grundlage

Ein Problem: Die Erstattung wird auf Basis der Zahlen des Vorjahreszeitraums zum 1. Januar 2013 gezahlt. Damals waren rund 15 000 Flüchtlinge in NRW – zum 1. Januar 2015 werden aber knapp 40 000 erwartet. 2013 überwies das Land den Kommunen 111 Millionen, für 2014 soll die Landespauschale auf 175 Millionen erhöht werden. Bei einer Berücksichtigung der aktuellen Flüchtlingszahlen müsste selbst die niedrige Erstattungsquote in NRW nach Berechnungen des CDU-Politikers Ralf Nettelstroth auf 228 Millionen erhöht werden. Für geduldete oder abgelehnte Asylbewerber trägt

die Kommune die Kosten allein.

Kuper wies darauf hin, dass Flüchtlinge aus zentralen Aufnahmeeinrichtungen heute oft schon nach drei Tagen auf Kommunen verteilt würden, obwohl eigentlich eine dreimonatige zentrale Unterbringung normal sei. „Die Kommunen werden mit der Finanzierung allein gelassen“, klagte Kuper.

Asyl - Arztkosten explodieren

Rheinische Post
-Titelseite-

Viele Kommunen sind mit den ausufernden Ausgaben für die medizinische Behandlung von immer mehr Flüchtlingen überfordert. Der Gemeindebund fordert finanzielle Hilfen von Bund und Land.

VON DETLEV HÜWEL
UND MARTIN RÖSE

DÜSSELDORF Mit dem wachsenden Zustrom von Asylbewerbern steigen in NRW auch die Ausgaben der Kommunen für die ärztliche Versorgung der Flüchtlinge. 2012 wurden für die Behandlung Kranker sowie für die Betreuung schwangerer Frauen 48 Millionen Euro ausgegeben. Inzwischen hat sich die Zahl der Asylbewerber verdoppelt. Der Städte- und Gemeindebund NRW schätzt, dass sich die Krankheitskosten infolgedessen in diesem Jahr überproportional auf deutlich mehr als 100 Millionen Euro erhöhen werden. Es handle sich zunehmend um Flüchtlinge, die traumatisiert seien und besonders betreut werden müssten, sagte der Hauptgeschäftsführer der Organisation, Bernd Jürgen Schneider, unserer Zeitung.

„Nicht akzeptabel“ sei es jedoch, dass die Kommunen diese „explodierenden Ausgaben“ allein zu tragen hätten. Sie seien damit eindeutig überfordert: „Wenn das Land nicht mehr tut, wird der Stärkungspakt Stadtfinanzen hinfällig.“ Allerdings sei auch der Bund in der

Pflicht. Es gehe um eine faire Aufteilung der Kosten, zumal es sich um „gigantische Zahlen“ handle.

Der Städte- und Gemeindebund führt dazu eine Umfrage unter den Kommunen durch. So werden etwa aus Bergisch Gladbach drei Fälle gemeldet, in denen Arztkosten von 50 000 bis 100 000 Euro pro Asylbewerber entstanden sind. In Meerbusch gibt es mindestens zwei Fälle, bei denen die Ausgaben bei jeweils mehr als 100 000 Euro liegen. CDU-Landtagsfraktionsvize André Kuper verwies zudem auf Raesfeld (Kreis Borken), das für die Therapie zweier Flüchtlinge 90 000 Euro zahlen musste. In Balve (Märkischer Kreis) summierten sich die Kosten für die Behandlung eines Asylbewerbers sogar auf mehr als 140 000 Euro. Der Mann, ein Algerier, war von einem anderen Asylbewerber lebensgefährlich verletzt worden und musste in eine Reha-Einrichtung gebracht werden. Allein die Kosten für diesen Fall überstiegen das Jahresbudget der Gemeinde für die Versorgung der Flüchtlinge (130 000 Euro).

Kuper forderte einen Härtefallfonds des Landes, mit dem besonders stark betroffene Kommunen

bei den Ausgaben für kranke Asylbewerber entlastet werden sollen. Er kritisierte zudem, dass das Land den Städten die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge nur teilweise erstatte, weil es dabei veraltete Zahlen zugrunde lege. Bei der Berechnung der Zuweisungen für die jeweilige Flüchtlingszahl werde der Stand zum 1. Januar des Vorjahres zugrundegelegt. Für dieses Jahr gibt das Land den Kommunen 111 Mil-

ASYLBEWERBER

Was die Städte bezahlen

Bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt zahlten die Städte 2012 für medizinische Behandlung rund 48 Millionen Euro. Beispiele:

Köln	2,9 Millionen Euro
Wuppertal	1,4 Millionen Euro
Düsseldorf	1,2 Millionen Euro
Duisburg	882 942 Euro
Mönchengladbach	629 846 Euro
Remscheid	525 917 Euro
Krefeld	523 551 Euro
Solingen	412 844 Euro

Rheinische Post Asyl - die Kommunen sind die Dummen

VON DETLEV HÜWEL

Die schlimmen Bilder von Misshandlungen in Burbach haben aufgewühlt: So darf man nicht mit Menschen umgehen. Nachdem nun die ersten Sofortmaßnahmen eingeleitet worden sind, gerät zunehmend eine andere Frage in den Mittelpunkt: Wie können die stetig steigenden Kosten der Flüchtlingsbetreuung gerecht aufgeteilt werden?

Gerecht ist es nicht, dass das Land den Kommunen einen Großteil aufbürdet. Die Regelung, dass die Höhe der jährlichen Zuweisungen von der Flüchtlingszahl zu Beginn des Vorjahres abhängt, ist absolut nicht nachvollziehbar. Auf diese Weise laufen die Städte den Kosten hinterher – mit wachsender Dynamik, solange die Flüchtlingsströme anhalten. Hinzu kommen die Krankheitskosten, die von den Kommunen zu tragen sind. Da können bereits Einzelfälle die Finanzen einer Stadt, die sich in der Haushaltssicherung befindet, heftig durcheinanderwirbeln.

Erforderlich wäre es, dass sich Bund und Land in Einklang mit den Kommunen zu einer fairen Kostenübernahme bereiterklären. Doch allen steht das Wasser bis zum Hals. Jeder zeigt auf den anderen. Die Kommunen sind am Ende die Dummen. Das kann auf Dauer so nicht weitergehen.

tionen Euro. Unter Berücksichtigung der Flüchtlingszahlen zum Stand 1. Januar 2014 müsste das Land laut Kuper jedoch 175 Millionen Euro zahlen. Die Erstattungen dürften nicht länger auf den Flüchtlingszahlen des Vorjahres basieren, forderte er.

Hinzu komme, dass das Land den Kommunen ohnehin nur rund 20 Prozent der Kosten für die Unterbringung erstatte. 2013 hätten sie 375 Millionen Euro betragen; gezahlt habe das Land aber nur 79 Millionen Euro. Auch der Gemeindebund forderte eine Neuberechnung. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) müsse sich persönlich um eine Lösung bemühen, sagte Bernd Jürgen Schneider.

Unterdessen haben Ermittler gestern die Essener Firmenzentrale des Flüchtlingsheim-Betreibers European Homecare durchsucht. Dabei sei nach Beweisen für mögliche Misshandlungen in Burbach gesucht worden, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Siegen. In Burbach sollen private Wachmänner Flüchtlinge misshandelt haben.

Leitartikel